

# Freie Presse

Anzeigenpreis: Die Nebengesaltene Nonpareillezelle 20 Pfg. — Ausland 50 Pfg.  
Die viergesaltene Reklame-Beitrag 2 Mk. — Für Anzeigenblätter Sonderabtarif  
Anzeigenannahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet  
in Lodz und Umgebung wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 6.— Mark,  
bei Postversand Mk. 1,75 bzw. Mk. 7.—

Nr. 83

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikawer Straße 86

2. Jahrgang

## Ungarns Anschluss an das Sowjetrußland.

Der Präsident der ungarischen Republik, Graf Karolyi, hat abgedankt, mit ihm die ungarische Koalitionsregierung. Sozialisten und Kommunisten haben sich geeinigt und eine neue Regierung gebildet, die das russische Rätesystem übernehmen und in ein Bündnis mit Rußland eintreten will. Das verkündet eine Proklamation, die Karolyi an das ungarische Volk erlassen hat und die wir bereits am Sonntag veröffentlichten.

Die Proklamation des bisherigen Präsidenten der Republik ist nichts weiter als ein Akt der nationalen Verzweiflung. Graf Karolyi war während des Krieges der Führer jener äußersten Linken, die absolut pazifistisch war und von der Entente einen dauernden Versöhnungsfrieden erhoffte. Daraus galt Graf Karolyi als antirussisch und ententeistisch. Jetzt erkennt Graf Karolyi, daß er falsch gerechnet hat, daß die Entente bereit ist, alle tschechischen, serbischen und rumänischen Ansprüche auf bisher ungarisches Gebiet zu befriedigen, und er meldet den Konkurs seiner Politik an, indem er mit der Regierung zurücktritt und Ungarn einem höchst ungewissen Schicksal überläßt.

Die Phrasologie seiner Erklärung weist deutlich darauf hin, daß Ungarn gegenüber der Entente bei Sowjetrußland eine Stütze sucht. Das Proletariat Ungarns ist allerdings ebenso wenig bolschewistisch wie die ungarische Sozialdemokratie. Der Bolschewismus hat wie der „Vorwärts“ schreibt, bisher in Ungarn, ebenso wie in Österreich, eine sehr bescheidene Rolle gespielt, und wenn er jetzt dort zur Macht gelangen sollte, so würde er das außerpolitischen Umstände und nationalen Erwägungen verdanken, nicht aber irgendwelchen sozialen Entwicklungsgeboten. Der erst in seinen Anfängen befindliche ungarische Kapitalismus ist zum plötzlichen Sprung in den Sozialismus ebensovienig reif wie der russische. Nicht die kapitalistische Entwicklung, sondern die Ententepolitik hat dem ungarischen Kommunismus zum Siege verholfen.

Die neue Regierung wird sich dem Rätesystem anpassen und an die Hilfe Rußlands gegen die Entente appellieren. Bekanntlich befindet sich heute die ganze Ukraine in den Händen Sowjetrußlands, und die roten Truppen stehen nahe der galizischen Grenze. Ihre Kräfte können, an den Heeresmassen gemessen, die im Weltkrieg entfaltet wurden, nicht stark sein. Auf der anderen Seite sind aber auch die Ententeverbündeten auf ungarischem Boden durch den Weltkrieg äußerst geschwächt, und die Entente selbst kann auch nicht mit großen Massen auftreten.

So bedeuten die Vorgänge in Ungarn für die Entente eine nicht geringe Verlegenheit. Es hat sich gezeigt, daß die Diktatpolitik, die sie gegenüber dem einstigen Mittelmächsbunde treibt, dem Bolschewismus, den sie so sehr fürchtet, geradezu in die Hände arbeitet. Dazu gesellen sich die Schwierigkeiten, die mit Italien entstanden sind. Italien steht im Begriff, von der Entente abzuspringen, wenn nicht seine Ansprüche auf die Diktatorien der Adriaküste auf Kosten der Südslawen befriedigt werden.

Wenn sich die Entente nicht noch in letzter Stunde zu ehrlichen Verhandlungen mit ihren bisherigen Gegnern entschließt, deren Friedensziel die Aufrichtung eines dauernden Friedens nach den Grundsätzen Wilsons — und der internationalen Sozialdemokratie — sein muß, dann ist nicht abzusehen, wie dem Weltkriege noch gewehrt werden soll. Die unglückselige Geheimdiplomatie der Entente bedroht ganz Europa mit der schlimmsten Katastrophe, und es ist ein geringer Trost, daß Frankreich und England in diese Katastrophe ebenso unrettbar versinken würden wie die Reste des alten Mittelmächsbundes. Ungarn ist ein Warnungszeichen, das den Ententeimperialisten zeigen mußte, daß es so nicht weiter geht. Wenn noch Zeit zur Befinnung ist, so ist es jedenfalls höchste Zeit!

### Die politischen Grenzen.

Wien, 24. März.

Die von der Entente befohlene neue Besatzungsarmee in Ungarn, deren Grenzlinien in einer von Oberleutnant Viz dem Grafen Karolyi überreichten Note der Entente im einzelnen be-

stimmt werden, bedeutet ein Verschieben der Alliierten, insbesondere der rumänischen Truppen, auf 230 Kilometer Länge um etwa 80 Kilometer westwärts. In diese Zone fallen außer dem ganzen Biharer Komitat die bedeutenden Städte Urad, Szegedin, Großwardein und Debreczin, welche, weil mit der neuen Zone auch die politische Grenze festgelegt wird, für Ungarn verloren gehen würden. Es würde hierdurch ein Gebiet von etwa 2 1/2 Millionen Menschen von Ungarn losgerissen und Ungarn in der Hauptsache auf das Land zwischen Donau und Theiß und auf das mittlere Theiß-Tal beschränkt werden. Die Note befragt weiter, daß der Rückzug der ungarischen Truppen hinter der Westgrenze der neutralen Zone, am 23. März beginnend, innerhalb von höchstens 10 Tagen beendet sein muß, nach deren Ablauf die rumänischen Truppen ihre Linien verschieben sollen. Das Kriegsmaterial in der neutralen Zone wird der ungarischen Regierung zur Verfügung gestellt. Das Eisenbahn- und Wirtschaftsmaterial muß bis auf weitere Entscheidung auf dem Wege bleiben. Die bürgerliche Verwaltung soll in der neutralen Zone unter Kontrolle der Alliierten in der Hand der ungarischen Regierung bleiben, ungarische Gendarmerie und Polizei soll die Aufrechterhaltung der Ordnung sichern.

### Karolyis Proklamation.

Die Proklamation Karolyis an das ungarische Volk, die wir bereits im Auszuge wiedergaben, lautet, wie das ungarische Korrespondenzbureau meldet, folgendermaßen:

An das Volk Ungarns!

Die Regierung hat gedankt, jene, welche bisher auf Grund des Volkswillens und mit Unterstützung des ungarischen Proletariats regiert haben, haben eingesehen, daß die zwingende Gewalt der Verhältnisse einen neuen Kurs fordert. Die Produktionsordnung kann nur dann gesichert werden, wenn das Proletariat die Macht übernimmt; nebst der drohenden Anarchie in der Produktion ist auch die außenpolitische Lage Ungarns eine kritische. Die Pariser Friedenskonferenz hat im Geheimen dahin entschieden, daß sie beinahe das ganze Gebiet Ungarns militärisch besetzen will. Die Ententeemission erklärte, daß sie die Demarkationslinie fortan als politische Grenze betrachte. Die ferneren Befehlungen des Landes verfolgen offenbar den Zweck, daß man Ungarn zum Aufmarsch- und Operationsgebiet gegenüber der an der rumänischen Grenze kämpfenden russischen Sowjetarmee machen will, das von uns geraubte Land aber soll der Sold der rumänischen und tschechischen Truppen sein, durch welche man die russischen Sowjetarmee niederzuringen lassen will.

Ich als provisorischer Präsident der ungarischen Volksrepublik wende mich gegenüber der Pariser Friedenskonferenz an das Proletariat der Welt um Gerechtigkeit und Unterstützung. Ich danke ab und übergebe die Macht dem Proletariat der Völker Ungarns.

gez. Karolyi.

### Ein Ministerium Garbai.

Budapest, 24. März. (Korr.-Bureau.)

Infolge der Demission der Regierung hat der Arbeiterrat von Budapest die Regierungsgewalt übernommen und einen interimistischen revolutionären Regierungsrat gebildet, dessen Mitglieder den Titel Volkskommissare führen. Das Präsidium übernimmt Garbai, Volkskommissar für Finanz ist Eugen Boga, Außerer Bela Kuhn, Krieg Jozef Bogany, Sozialisierung Wilhelm Böhm. Die Regierung hat über Budapest und über das ganze Land das Standrecht verhängt.

### Ruhe in Budapest.

Budapest, 24. März.

Hier herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung. Die Straßen zeigten lebhaftes Treiben, da die meisten Betriebe feierten. Allenfalls sieht man Plakate mit der Aufschrift: „Es lebe die Proletarierregierung.“ Andere Plakate fordern zur Ordnung und Arbeit auf. Zahlreiche Geschäfte und sämtliche Banken sind geschlossen. Die Ordnung wird von Militär und der Volkswehr aufrechterhalten. Die revolutionäre Regierungsrat erließ eine Verordnung, in der das Waffenverbot ausgesprochen und die Uebertretung der Verordnung mit fünfjähriger Zuchthausstrafe und 50 000 Kronen Geldstrafe bestraft wird. Auch aus allen Teilen des Landes laufen

Telegramme ein, nach denen überall die größte Ordnung und Ruhe herrscht.

Wien, 24. März. (P. A. T.) Die Zeitungen lenken die Aufmerksamkeit auf die bezeichnende Tatsache, daß die Junkenverhandlung zwischen dem ungarischen Kommissar Kuhn und Lenin im Laufe von 20 Minuten erfolgt ist.

Wien, 24. März. (P. A. T.) Das „Deutsche Volksblatt“ meldet aus Budapest, daß Tarnopol vom 21. März an telegraphisch von Budapest abgeschnitten sein soll und russische Truppen sich der Stadt nähern.

### Eine Wiener Kundgebung.

Wien, 24. März.

Das Korrespondenzbüro meldet. Am Sonntag vormittag veranstalteten die Kommunisten eine Manifestation, um dem ungarischen Proletariat die Sympathie zu beweisen. Die Manifestation war zugleich eine große Demonstration gegen die Entente. Der Führer derselben verlas ein von den ungarischen Kommunisten ausgegebenes Telegramm, in dem solidarische Vorgehen des Proletariats Deutschlands mit dem ungarischen Proletariat gefordert wird. Um 3 Uhr nachmittags fand vor dem Rathaus eine Versammlung der Kommunisten statt, an der sich auch Soldaten beteiligten. Es wurden rote Fahnen mit Aufschriften: „Die ganze Macht den Arbeitern, Bauern und Soldaten“ getragen. Es sprachen auch ein bayrischer und ein Berliner Delegierter. Es wurde eine entsprechende Entschließung gefaßt. Die Ruhe wurde nicht getrübt.

## Zur Landung polnischer Truppen in Danzig.

Von den Verhandlungen in Spa.

Ueber die bereits telegraphisch gemeldeten Verhandlungen in Spa, die Landung der polnischen Truppen in Danzig betreffend, entnehmen wir dem „P. T.“ den nachstehenden zusammenfassenden Bericht:

In der Vollziehung der Waffenstillstandskommission in Spa vom 19. März teilte Nudant mit, daß die Entente den deutschen Vorschlag ablehnte, die polnischen Truppen statt in Danzig in Königsberg, Memel oder Libau zu landen. Die interalliierte Kommission in Warschau sei vielmehr beauftragt worden, alle Vorbereitungen für die Landung der Truppen in Danzig zu treffen. Die deutsche Regierung werde zu diesem Zweck ersucht, den Mitgliedern der Kommission die dazu nötige Verkehrsfreiheit einzuräumen.

General v. Hammerstein wies darauf hin, daß die deutsche Regierung ihren Standpunkt in vorliegender Frage wiederholt kundgegeben hat. Artikel XVI des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 gebe der Entente nicht das Recht, die Landung der polnischen Truppen in Danzig zu fordern. Aber abgesehen von der Auslegung dieses Artikels würde die Landung der polnischen Truppen Unruhe unter der Bevölkerung östlich der Weichsel hervorrufen, was dem Geist dieser Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages widerspreche. Aus zahlreichen Mitteilungen gehe hervor, daß die dortige polnische Minderheit die Landung als Signal betrachten werde, um mit Unruhen und Agitation zu beginnen. v. Hammerstein fuhr fort: „Die deutsche Regierung hat mich offiziell ermächtigt, zu erklären, daß sie eine Landung polnischer Truppen in Danzig nicht wünscht. Demgemäß ist es auch nicht erforderlich, daß alliierte Offiziere die Frage dieser Landung in Danzig prüfen. Das Anerbieten wegen der Häfen Memel, Libau, Königsberg bleibt bestehen.“

Nudant erwiderte, die vorgebrachten Gründe für die Ausschaltung Danzigs können von den Alliierten nicht angenommen werden.

General v. Hammerstein betonte, daß gegenwärtig in Danzig und Westpreußen Ruhe herrsche. Eine Notwendigkeit, in Danzig Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu landen, könne also nicht anerkannt werden. Die deutsche Regierung habe angeordnet, daß sämtliche Fragen betreffend die Landung polnischer Truppen in Danzig durch die Waffenstillstandskommission in Spa erledigt werden, wie dies Artikel 34 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 vorsieht.

General v. Hammerstein überreichte Nudant in der Sitzung der Waffenstillstandskommission

vom 20. März eine Note, in der seine am 19. März mündlich abgegebenen Erklärungen über die Frage der Landung polnischer Truppen in Danzig schriftlich bekräftigt und ergänzt. Die deutsche Regierung bestreite, wie es in der Note u. a. heißt, auf ihrem Recht, die Angelegenheit nicht von der interalliierten Kommission in Warschau, sondern von der internationalen Waffenstillstandskommission in Spa behandeln zu lassen. Die deutsche Regierung könne keinesfalls die Landung in Danzig und den Durchzug der polnischen Truppen durch das national gemischte Land zulassen. Nicht nur die Rechtslage spreche in diesem Falle unbedingt zugunsten der deutschen Auffassung, sondern die von den Alliierten geforderte Landung in Danzig würde auch außerdem zu Ergebnissen führen, die zu den von der Entente wiederholt gegebenen Versicherungen im Gegensatz stehen. Die Entente behauptet, sie wolle in den östlich der Weichsel gelegenen deutschen Gebieten ausschließlich die Ordnung erhalten und neues Blutvergießen vermeiden. Die von ihr geforderte Maßnahme würde aber die in diesen Landstrichen jetzt herrschende Ruhe stören, indem das Auftreten der polnischen Truppen zum Versuch gewalttätiger blutiger Unterdrückung der unzweifelhaft deutschen Mehrheit in Westpreußen führen würde. Unter diesen Umständen könne die deutsche Regierung der Forderung nicht zustimmen, alliierte und polnische Offiziere in den Gebieten östlich der Weichsel unbeschränkt und unbeaufsichtigt reisen zu lassen. Es gebe keinen Paragraphen, der Deutschland dazu verpflichte. Die deutsche Regierung sei jedoch bereit, das Äußerste zu tun. Sie werden jeden Einzelfall bereitwillig prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Reisen zu bestimmten begrenzten Zwecken ohne Gefahr für die öffentliche Ordnung zugelassen werden können.

Von Hammerstein fügte mündlich noch hinzu, daß unter den zuletzt angeführten Gesichtspunkten die von den Alliierten geforderte Reiseerlaubnis für alliierte Offiziere in dem gesamten Gebiet östlich der Weichsel einschließlich des von den Deutschen besetzten, ehemals russischen Gebiets falle, wo diese Offiziere nach einer Erklärung Nudants die Lage des Bolschewismus prüfen sollten.

Nudant nahm die Note mit der Bemerkung entgegen, er werde sie sofort Joch übermitteln. Die Note habe den Vorzug klar zu sein, indem sie die deutliche kategorische Ablehnung aller Vorschläge und Forderungen der alliierten und assoziierten Regierungen enthalte. Sie schaffe somit eine tatsächliche Lage, die in entsprechender Weise behandelt werden würde.

Paris, 24. März. (P. A. T.)

Der „Temps“ schreibt: Der Oberste Rat der Verbündeten wird die Montagssitzung ausschließlich der polnischen Angelegenheit widmen. In dieser Sitzung wird auch die endgültige Entscheidung in der Frage der Divisionen Gallers fallen, deren Landung in Danzig die deutsche Regierung abgelehnt hat, indem sie statt Danzig, Königsberg, Libau oder Memel vorschlug. In dieser Angelegenheit werden militärische Sachverständige angehört werden. Die Vertreter der Großmächte werden außerdem einen Bericht der Kommission erhalten, die zur Festlegung der polnisch-tschechoslowakischen Grenze nach Teschen entsandt worden ist.

### Deutsche Proteste.

Bresen, 24. März. (P. A. T.)

Die deutschen Berufsverbände, öffentlichen Institutionen und städtischen Behörden verschiedener preussischer Städte wie Graudenz, Thorn, Straßburg u. a. senden weiterhin an Wilson, an die Nationalversammlung in Weimar, an die Waffenstillstandskommission in Spa und an die Regierung in Berlin flammende Proteste gegen die Vereinigung deutscher Gebiete mit Polen.

Bresen, 24. März. (P. A. T.) Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ meldet man aus Bochum in Westfalen, daß die polnischen Bergleute und Fabrikarbeiter aus dem westfälischen Kohlengebiet in Scharen nach Polen auswandern. Vor einigen Tagen ist in Zug mit 1600 Rückwanderern nach Lodz abgegangen.

Rom, 24. März. (P. A. T.) Die Agentur Stefani meldet: Der italienische König ernannte General D'Amico zum Großoffizier der italienischen Krone.



## Wenn Deutschland ablehnt...

### Verhandlungen mit Sozialbehörden.

Das Bureau „Europa Press“ meldet: Der Korrespondent des „Temps“ in Weimar hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister David, der als deutscher Friedensbegehrter nach Paris gehen soll. David sagte, die Aufgabe, die ihm zufalle, habe nichts Angenehmes, um so mehr, als man unter dem Eindruck der in Paris gegen Deutschland getroffenen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen stehe, die gegen das Programm Wilsons verstoßen würden. Er, David, hoffe, daß das Gerechtigkeitsgefühl die Illustrierten abhalten würde, einen Gewaltfrieden zu diktiert. Deutschland wolle einen Rechtsfrieden, entsprechend dem Programm Wilsons, der als Grundlage für einen Weltfrieden dienen soll. Bezüglich der deutschen Kolonien erklärte David, die Wegnahme des deutschen Kolonialbesitzes, der in seiner Größe in keinem Verhältnis zu dem energischen und französischen Kolonialreich stehe, würde dem Wilsonschen Grundsatz einer freien, aber in durchaus unabhängiger Weise zu treffenden Vereinbarung über alle kolonialen Forderungen nicht entsprechen. Nach 1870 habe Bismarck die Schaffung eines großen französischen Kolonialreiches nicht verhindert. Jetzt liege es im Interesse Frankreichs, Deutschland die Wiederaufnahme seiner wirtschaftlichen Tätigkeit zu erleichtern und nicht einen Herd der Unruhen zu schaffen. Auf die Frage, ob Deutschland in den 14 Punkten Wilsons nachgiebig sein werde, antwortete er: „Keine deutsche Regierung wird es unternehmen, das politische und wirtschaftliche Todesurteil Deutschlands zu unterzeichnen. Das gleiche wird der Fall sein, wenn die Bedingungen eine langsame Eröffnung der Kräfte des Landes vorbereiten sollten.“

Die öffentliche Meinung in Frankreich hängt an sich mit der Frage zu beschäftigen, was geschehen soll, wenn Deutschland sich weigert, die Pariser Bedingungen anzunehmen. Im allgemeinen nimmt man solche Drohungen nicht ernst, aber ein Artikel des Freiherrn v. Rüdiger im „Berliner Tageblatt“ mit dem Vorschlag der Volksabstimmung scheint Eindruck gemacht zu haben und wird als Zeichen beginnenden Widerstandes gedeutet. „Paris Paris“ nennt den Artikel einen Erpressungsversuch. Der „Temps“, der sich vor einiger Zeit die Frage vorlegte, mit welchen Faktoren in Deutschland die Verbündeten verhandeln sollen, hat jetzt die Lösung des Problems gefunden. Er meint, daß bei dem fluktuierenden Zustande der inneren deutschen Politik die Unterstützung irgend eines Vordriffs oder Scheiterns keinen bindenden Wert habe. Deshalb sollten die Alliierten über die Köpfe dieser vergänglichen Komparten hinweg mit dem eigentlichen deutschen Volke verhandeln. Das Blatt meint: „Die Regierung in Weimar droht, den Frieden nicht zu unterzeichnen? Dann werden die Verbündeten gezwungen sein, in jeder deutschen Region die lokale Behörden aufzusuchen, um mit denen besondere provisorische Verträge abzuschließen. Es ist undenkbar, daß die Bevölkerungen, die Lebensmittel und Rohstoffe wünschen, benachteiligt werden, nur weil einige Politiker in Nachahmung Trojans sich weigern, die Forderungen zu tauschen. Glücklicherweise gibt es in verschiedenen Gebieten Deutschlands politische und soziale Organisationen, mit denen die Verbündeten verhandeln können. Dazu gehören die katholischen Verbände, die im Rheinland großen Einfluß haben. Wenn wir eine offene und weitherzige Politik treiben, die deutsche Nationalität respektieren, den Einwohnern wirtschaftlichen und moralischen Wohlstand sichern, die das preussische Regime ihnen nie gewähren kann, so würden wir ein dauerhaftes Werk erreichen, als zwanzig Protokolle mit der Unterschrift Vordriffs sein könnten.“

### Ein Protest gegen französische Absichten auf Kehl.

Aus Karlsruhe wird gemeldet: Bei der Beratung des neuen Verfassungsentwurfes in der badischen Landesversammlung führte der Minister des Innern, Dr. Haas, aus: Wir werden in jeder Weise dagegen protestieren, daß badisches Gebiet von Frankreich annektiert wird. Wir haben Grund, anzunehmen, daß Frankreich die Absicht hat, das Kehler Gebiet zu annektieren. (Lebhaftes „Hör! Hör!“ und „Niemals!“) Wir haben vor aller Welt dagegen protestiert, daß dieses Land, in dem kein Mensch anders als deutsch spricht, von Deutschland abgetrennt wird. Im „Journal“ wurde dieser Tage anerkannt, es sei richtig, daß Kehl deutsch sei, der Kehler Hof mußte aber in irgend einer Form an Strassburg angeliebert werden. Das ist uns ein Beweis, daß es sich um einen Raubzug handelt. (Sehr richtig!) Wir werden immer dagegen protestieren. Französische Blätter haben, entgegen den Waffenstillstandsbedingungen und den 14 Punkten Wilsons, die Absicht geäußert, den Rhein von Basel bis Mannheim dauernd unter französische Kontrolle zu stellen. (Lebhaftes „Hör! Hör!“ und „Niemals!“ auf allen Bänken des Hauses.) Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Frankreichs Verhalten nicht dem dauernden Frieden dient, sondern darauf hinausläuft, die Völker in neues Unglück zu stürzen, und dagegen müssen wir vor der ganzen Welt protestieren. Wenn Frankreich auf seinem Anspruch beharrt, müssen wir vor der ganzen Welt sagen: „Wir

sind belogen und betrogen worden!“ (Lebhafter Beifall im ganzen Hause.)

Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge wird Frankreich in der Rheinischschiffahrtskommission, in der Belgien, die Schweiz, England und Italien ebenfalls vertreten sein werden, eine überwiegende Stellung einnehmen. Man weiß noch nicht, ob Amerika auch der Kommission beitreten wird.

### Der Plan der Neutralisierung Deutschlands.

Wie in Wiener parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, ist Ministerpräsident Professor Lammasch in Paris eingetroffen. Professor Lammasch soll Aufschluß über Deutschösterreich und die Nationalitäten geben. Ueber den Plan der Neutralisierung Deutschösterreichs werden noch Einzelheiten mitgeteilt: Wenn Deutschösterreich auf den Vorschlag eingehe und auf den Anschluß verzichte, so wäre die Möglichkeit gegeben, seine Finanzen zu ordnen. Die Eisenbahnen, die von Norden nach Süden führen, sollen internationalisiert werden; ebenso wird die Regelung des Schiffsverkehrs übernommen. An eine Donauföderation ist aber dabei nicht gedacht. Die Entente würde dafür sorgen, daß die Wirtschaftsfälle gelöst, die Versorgung mit Lebensmitteln und Kohlen gesichert würde. In Wien wird zu diesem Zwecke eine Kommission entstehen, um diese Pläne zu prüfen. Die Anschlußmöglichkeit an das Deutsche Reich wird in scharfer Weise abgelehnt. Die Frage soll dem Völkerbund vorbehalten bleiben.

In den letzten Tagen ist wiederholt über eine Schwenkung Italiens in der Anschlußfrage berichtet worden. Diese letzte Nachricht entbehrt jeder Begründung. Die Haltung Italiens hat in dieser Hinsicht keine Aenderung erfahren, und man sieht in Rom nach wie vor dem Gedanken des Anschlusses freundlich gegenüber.

### Gärung in Ägypten.

Reuter meldet: Die letzten Nachrichten aus Ägypten zeigen, daß die Lage sich verschlechtert hat und jetzt zweifellos ernst ist. Eine Anzahl bewaffneter Beduinen ist von Westen her in Unterägypten eingedrungen und begeht dort Plünderungen. In einigen Dörfern weht die türkische Fahne. Die Lage wird nicht als bedrohlich im militärischen Sinne erachtet, sagt Reuter, und man glaubt, daß man ihrer bald Herr werden wird.

Bei einem Zusammenstoß eines Panzerautos mit Demonstranten wurden 13 Demonstranten getötet und 27 verwundet. Am 14. März wurde in Alexandria die Menge durch Militär auseinandergetrieben. Es kam nicht zu Ausschreitungen. Wie gemeldet wird, haben auch in der Provinz Rundgebungen stattgefunden. Teilweise verliefen diese friedlich, zum Teil mußte Militär einschreiten.

### Die Grenzen der Türkei.

Zürich, 24. März. (P. A. Z.)

Die italienische Zeitung „Perseveranza“ meldet, daß die Frage der Grenzen der Türkei in folgender Weise geregelt werden wird: Es wird ein arabischer Staat gebildet werden, zu dem auch Mesopotamien gehören soll. Dieser Staat wird unter der Aufsicht Englands stehen. Außerdem fordert England im Interesse eines freien Zugangs nach Ägypten Palästina, das eventuell neutralisiert werden wird. Armenien soll Selbständigkeit erlangen. Konstantinopel und der neugebildete türkische Staat werden unter der Aufsicht des Völkerbundes stehen. Die westliche Küste Kleinasiens wird Griechenland zufallen, der übrige Teil Kleinasien Italien.

### Ein Zionistenstaat unter englischer Führung.

Die in Berlin erscheinende „Jüdische Rundschau“ vom 11. März bringt, wie W. T. B. meldet, in einer Londoner Meldung einen Bericht des englischen Zionistenführers Dr. Weizmann über die Verhandlungen der Friedenskonferenz in Paris mit der jüdischen Delegation. Danach ist die Forderung der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina von den Vertretern Englands, Frankreichs, Amerikas und Italiens auf der Pariser Konferenz angenommen und die jüdischen Forderungen einer Kommission zur Bearbeitung der Einzelheiten überwiesen worden. Diese Forderungen sind im wesentlichen: Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina unter Souveränität des Völkerbundes, England als Mandatar dieses Völkerbundes soll die Bildung einer jüdischen Selbstregierung durch weitestgehende Maßnahmen in die Wege leiten.

Die Beratung wurde eingeleitet durch eine Rede des russischen Zionistenführers Sokolow, welcher das historische und moralische Anrecht des jüdischen Volkes auf Palästina nachwies. Die Forderungen wurden von den übrigen Zionistenführern der Entente mit warmem Interesse aufgenommen. Auf einem Einmütigen Beschluß, was denn unter einem nationalen Heim zu verstehen sei, erwähnte Weizmann, die Zionisten forderten Bedingungen, die es zunächst jährlich etwa 60 000 Juden ermöglichen, in Palästina einzumwandern, sowie eine Weiterentwicklung der Kolonisation, Sprache, Schule und Verwaltung, die dazu führen, daß Palästina jüdisch werde. Er schloß mit der Forderung: Palästina den Juden, wie England den Engländern, Amerika den Amerikanern.

## Eine bessarabische Republik.

Kraau, 24. März. (P. A. Z.)

Der „Gazet“ bringt eine Mitteilung der Zeitung „Poplatsky Kraj“ aus Mohilen, wonach in Chotin die bessarabische Republik ausgerufen und ein Direktoriat gewählt worden sei. An die Spitze des Direktorats ist Diklin getreten. Das Direktoriat hat den Kampf mit den rumänischen Okkupationsstruppen begonnen. Führer der aufständischen Armee ist Hetman Filipkul. Eine Abteilung unter der Führung von Kunicki verdrängte die rumänischen Truppen in Richtung Larga. Eine zweite aus ukrainischen Freiwilligen aus der Bukowina und aus Galizien bestehende Abteilung besetzte Sadagora. Das bessarabische Direktoriat hat einen Aufruf erlassen, in dem es bekanntgibt, daß es das große Werk der Befreiung Bessarabiens vom rumänischen Joch unternommen habe.

### Die Ukraine in der Hand der Bolschewiki.

Wien, 24. März. (P. A. Z.)

Das „Berliner Tageblatt“ bringt folgendes Telegramm von Reuter: Die Bolschewiki besetzten nach schweren Kämpfen mit französischen Truppen Cherson und Odessa. Die dort verbliebenen deutschen Besatzungen nahmen an den Kämpfen angeblich keinen Anteil. Die ganze Ukraine ist zur Zeit in den Händen der Bolschewiki.

## Lokales.

Lodz, den 25. März.

### Einberufung von Offizieren.

Uns geht nachstehender Befehl zur Veröffentlichung zu:

Der Minister für Heeresangelegenheiten Leninski veröffentlicht nachstehenden Befehl:

„Auf Grund des Statuts vom 7. März 1919, das im Gesetzblatt des Polnischen Staates Nr. 22 vom 8. März 1919 veröffentlicht wurde, berufe ich alle Offiziere polnischer Nationalität, die im ehemaligen Königreich Polen und im ehemaligen Galizien wohnhaft sind, und in den Jahren 1896, 1897, 1898, 1899, 1900 und 1901 geboren sind, zum aktiven Militärdienst ein.“

Dieser Befehl betrifft alle diejenigen, die den Offiziersrang besitzen, ohne Rücksicht darauf, in welchem Heere er errungen wurde: in den polnischen Legionen, im polnischen Hilfskorps, in den aus der russischen Armee ausgeschiedenen polnischen Formationen, und den Armeen der ehemaligen Teilmächte. Er betrifft auch diejenigen, die i. B. wegen Mangel an allgemeinem Bildungszensus in die polnische Armee nicht eingereiht wurden.

Die durch diesen Befehl Berührten melden sich am 28. März d. J. bei dem Eidgenossenzoffizier des Kreises, in dem sie wohnhaft sind, bzw. bei dem gehörigen Kriegs-Ergänzungskommando, wo sie registriert werden. Mitzubringen sind alle Dokumente, aus denen sich der Geburtsort und der Besitz des Offiziers-Ranges feststellen läßt. Die Listen der registrierten Offiziere werden zusammen mit den abgegebenen Dokumenten dem gehörigen Kreis-Ergänzungskommando zur Verfügung gestellt werden, die zum 31. März die ärztliche Untersuchung der Einberufenen anordnen wird. Die von der Kommission für den Frontdienst für tauglich Befundenen werden unverzüglich an die Sammelstationen abgeschoben werden, und zwar die im ehemaligen Königreich Polen auf dem linken Ufer der Weichsel wohnhaften nach Warschau, auf dem rechten Ufer wohnhaften in Lublin, in Galizien nach Kamiensk bei Petrikau. Die für untauglich Befundenen werden nach ihrem Wohnort zurückgeschickt werden.

Wer von den durch diesen Befehl zum aktiven Heeresdienst Einberufenen sich zum festgesetzten Termin bei dem Eidgenossenzoffizier nicht melden oder zu der von dem Kreis-Ergänzungskommando für den 31. d. M. anberaumten Untersuchung nicht erscheinen wird, ohne nachzuweisen zu können, daß dies ohne sein Verschulden nicht geschehen ist, wird des Offiziersranges verlustig gehen.

Auf Grund dieses Befehls teilt das Kreis-Ergänzungskommando den Einberufenen mit, daß die ärztliche Untersuchung am Montag, den 31. März, um 3 Uhr nachmittags im Rekrutierungslazarett, Siemkiewiczstraße 5, Erdgeschoß, die Registratur dagegen im Büro des Kreis-Ergänzungskommandos in derselben Straße im Hause 5, 1. Stock, stattfinden wird.

Die außerhalb von Lodz Wohnenden können sich bei den Eidgenossenzoffizieren in Zgierz, Tuszyn, Vask und Bezejung melden, zur Untersuchung müssen sie jedoch nach Lodz kommen.

Die feierliche Amtseinführung des Pastors Th. Payer als Rektor des Diakonissenhauses, Pulnornastraße 42, wird heute früh in der Anstaltskapelle von Sr. Hochwürden dem Herrn Generalsuperintendenten J. Bursche unter Assistenz von mehreren Geistlichen vollzogen werden.

María Verkündigung. Die katholische Kirche feiert heute den Tag der Verkündigung. Maria. Es ist eins der größeren Marienfesten, das, weil es biblischen Grund hat, auch von Luther beibehalten war; allmählich ist es in der evangelischen Kirche ganz abgekommen. Der Feiertag gilt der Ankündigung der Geburt

Christi: Lukas 1, 26—38 und ist als Marienfest in Konstantinopel seit 624, in Rom seit Papst Sergius I. (687—701) bezeugt. Maria Verkündigung ist ein Frühlingsfest, soll doch nach einer alten Bauernregel an diesem Tage der Storch heimkehren. In diesem Jahre wird er aber wohl noch bleiben lassen!

Der heutige Samstag. Heute findet auf den Straßen unserer Stadt eine Sammlung zugunsten des Hilfsvereins für unbemittelte Schüler der höheren Reals- und Handelsschule der Lodzer Kaufmannschaft statt.

Polen und die Entente. Gestern traf in Lodz das Mitglied der polnischen wirtschaftlichen Delegation beim Polnischen Obersten Nationalkomitee in Paris Herr Doermann ein. Um 3 Uhr nachm. hielt er in der Sektion der Textilindustrie in Gegenwart von 100 Kaufleuten und Industriellen einen Vortrag. Herr Doermann berührte darin die politischen und die wirtschaftlichen Fragen, die im Zusammenhang mit dem Aufbau Polens stehen. Die Entente bringe Polen großes Interesse entgegen und sei bemüht, sie in jeder Hinsicht zu unterstützen. Die Aussichten seien für Polen sehr günstig. Der Vorlesende machte die Anwesenenden mit den Arbeiten der einzelnen Kommissionen bekannt, die bei der erwähnten Delegation in Paris tätig sind. Unter anderem wies er darauf hin, daß sich gegenwärtig in England ein englisch-polnischer Traktat mit einem Kapital von 300 Millionen Franken bildet. Die Hälfte dieser Summe soll von polnischen Industriellen beigesteuert werden. Der Traktat will Polen mit Rohstoffen, Maschinen usw. versorgen. Ferner will Amerika von ihnen zur Demobilisation bestimmten Beständen Polen verschiedene Waren zu billigen Preisen liefern. Herr Doermann berührte in seinem Vortrag verschiedene Kreditfragen, die eine glückliche Lösung finden werden. Der Vortrag dauerte etwa 3 Stunden.

Für Rückwanderer aus Rußland. In Warschau hat sich ein Verband zum Schutze des Vermögens der Polen gebildet, die im ehemaligen russischen Reich Verluste erlitten haben. An der dieser Tage stattgefundenen Gründungsversammlung dieses Verbandes nahm als Vertreter des Lodzer Verbandes der Fabrikanten und Kaufleute Herr Badieli teil. Der Verband hat den Zweck, von der Friedenskonferenz in Paris einen Beschluß auszuwirken, daß alle Verluste, die polnische Staatsangehörige in Rußland erlitten haben, sei es durch revolutionäre Akte oder Verletzungen bolschewistischer Behörden als Kriegsverluste ersatzpflichtig sind. Der Verband befaßt sich neben der Registrierung der tatsächlichen Verluste auch mit der Verzeichnung des in Rußland zurückgelassenen Eigentums polnischer Bürger. Der Vorstand des Verbandes besteht aus nachstehenden Herren: Senator Wolski, Fürst Drucki-Lubecki, Graf Ostrowski, Wamelberg u. a. Der Verband wird in den nächsten Tagen dem Ministerrat und dem Reichstag eine entsprechende Denkschrift einreichen.

Kosciuszko-Jubiläum. Anlässlich des gestrigen 125. Jahrestages der Eidesleistung des polnischen Volkshelden Kosciuszko fandte die Stadtorbundenversammlung und der Magistrat von Lodz zu Händen des Vorsitzenden des Krauer Festkomitees Bischofs Sapieha folgende Depesche: „Als Vertreter der an Zahl der Bevölkerung zweitgrößten Stadt im Lande, die hauptsächlich von der Arbeit der landlosen Arbeiter lebt, nehmen die Stadtorbundenversammlung und der Magistrat den lebhaftesten Anteil an dem 125. Jahrestage der Eidesleistung des unsterblichen Helden, der mit einer 2000 Mann zählenden Armee den ungleichen Kampf mit den damals mächtigsten drei Reichen Europas annahm, im Laufe von drei Monaten ein 100 000 Mann zählendes Heer aufzustellen vermochte, und durch den Polanischer Erlaß den Bauern das Bürgerrecht verliehen hat, sie somit aus 100-jähriger Fesseln befreite. Alle Lodzer Bürger ohne Unterschied des Standes und des Glaubens sind im Gedenken des großen Nationalhelden bereit, nach seinem Beispiel für die Ungeteiltheit der gegenwärtig an allen Grenzen bedrohten geliebten Republik Leben und Eigentum zum Opfer darzubringen.“

Das Liquidationsamt hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen. An seiner Spitze steht Herr Grabki als Leiter und als Stellvertreter Herr Stefan Kossuth. Das Amt wird in den nächsten Tagen in allen größeren Ortsteilen Polens, darunter auch in Lodz, Kommissionen zur Registrierung der Kriegsverluste ins Leben rufen.

Die neue Stadtverordnetenversammlung. Wie wir erfahren, ist die Rechtsgültigkeit der Stadtratwahlen in Lodz durch die Behörde bestätigt worden. Die Stadtverordnetenversammlung tritt am Donnerstag, den 27. März, um 4 Uhr nachmittags, Panskastraße 115, zusammen.

Die letzte Sitzung des alten Magistrats. Gestern fand die letzte Sitzung des bisherigen Magistrats statt. Den Vorsitz führte der Erste Bürgermeister Skulski.

Abendkurse im Rotherthischen Gymnasium. Morgen, den 26. März, um 7/8 Uhr abends, spricht Herr Pastor Serini über Wirtschaftskunde.

Registrierung der Konsumgenossenschaften. Die Behörde zum Kampfe mit dem Wucher und der Spekulation (Warschau, Pręskof 2) bittet sämtliche Konsumverbände und -vereine in Polen sowie Vereine, die Kooperativen ins Leben gerufen haben, um die sofortige Zustellung einer Abschrift der Statuten und der Geschäftsordnung.



# Bei Unregelmäßigkeiten in der Zustellung unseres Blattes wende man sich an die Geschäftsstelle, Petrikauer Straße Nr. 86, Haus Petersilge.

um ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und die Adresse des Vereins.

**Prüfungen für Apothekergehilfen.** Die Prüfungen zur Erlangung des Grades eines Apothekergehilfen werden vom 31. März bis zum 5. April in den Büroräumen der pharmazeutischen Sektion des Ministeriums für öffentliche Gesundheit, Warschau, Ujazdowska Allee im Gebäude des Kadettenkorps, stattfinden. Anmeldungen werden in der Kanzlei der pharmazeutischen Sektion des Ministeriums für öffentliche Gesundheit vor dem 29. März entgegengenommen. Den Gesuchen muß beigefügt werden: ein Schulzeugnis, ein vom pharmazeutischen Bezirksinspektor beglaubigtes Zeugnis über eine dreijährige Praxis, der Geburtschein, ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf, zwei Photographien sowie 40 Mark Prüfungsgebühren.

**Zur Hebung der polnischen Kur- und Bäderorte.** Zwischen den Ministern für öffentliche Gesundheit, Verkehr sowie Industrie und Handel finden Beratungen statt, um den Reiseverkehr nach den polnischen Bädern und Kurorten zu erleichtern. Der Vorschlag des Gesundheitsministeriums geht dahin, Kranken, die auch weniger begüterte sind, bereits in der diesjährigen Badeszeit zu ermöglichen, von den Erleichterungen der Fahrt nach Buzek, Gieschewitz, Brzunia, Radzi, Batopane und Malezko Gebrauch zu machen.

**Von der Straßenbahn.** Unsere in Nr. 72 der „Radzger Freien Presse“ veröffentlichte Bitte an die Verwaltung der Lodzger Straßenbahn um Vermehrung der Zahl der Wagen der Linie 5 ist erfüllt worden: seit einigen Tagen verkehren die Züge auf dieser Linie mit je einem Anhängerwagen.

Die Verwaltung der Straßenbahn hat in der letzten Zeit über dreißig Anwärter auf Schaffner- und Maschinenstellen angestellt. Es sind dies fast alle früheren Angestellte der elektrischen Straßenbahn, die aus Ausland vom Militärdienst zurückgekehrt sind. Aus diesem Grunde wurden mehrere Angestellte wegen Streikbruchs gezwungen aus dem Betriebe auszuscheiden.

**Aufgehobene Beschlagnahme.** Auf Grund des Dekrets vom 27. Januar 1919 wird die Beschlagnahme und Beschränkung des Verkehrs folgender Papierartikel aufgehoben: 1) Druckpapier in Bogen, 2) Kanzeleipapier in Blättern und Heften, 3) Karten und aus Karton hergestellte Gegenstände, 4) Papierwaren, 5) Papiergalerien, 6) Schreibmaterialien, 7) Mundstückpapier, gerollt und in Bogen, 8) Packpapier, 9) Tapeten, 10) Schmuckpapier, 11) Buntes Seidenpapier, 12) Pergamentpapier, 13) Zeichenpapier.

**Lebensmittel-Ersatz.** Gesuche um die Genehmigung zur Herstellung und zum Verkauf von Ersatzstoffen, für Lebensmittel, Futtermittel und Gegenstände des täglichen Gebrauchs müssen an die staatliche Nahrungsmittelprüfstelle in der Panska-Straße 115 abgegeben werden.

**Verbot des Tragens fremder Orden und Ehrenzeichen.** Auf Befehl des Kriegsministeriums ist allen Militärs ohne Unterschied des Ranges und der Waffe verboten, Orden, Kreuze, Medaillen, Ordensbänder und sonstige militärische Abzeichen Auslands, Deutschlands oder der früheren Monarchie Österreich-Ungarns zu tragen. Zum Tragen zugelassen sind lediglich polnische Militärauszeichnungen.

**Hygiene-Vorträge in den Schulen.** In der am Sonnabend stattgefundenen Sitzung der städtischen Schulärzte wurde beschlossen, in allen Schulen Vorträge über Hygiene zu halten.

**Kondensierte Milch.** Die Verpflegungsdeputation verkauft amerikanische kondensierte Milch zu 2 M. 75 Pf. für die Büchse. Kooperationsvereine erhalten für 124 M. 50 Pf. eine Riste mit 48 Büchsen.

**Gegen die Judenverfolgungen.** Ministerpräsident Paderewski erließ nachstehenden Aufruf: Menschen bösen Willens, denen daran liegt, im neuentstandenen Polen Uneinigkeit und Wirren zu säen, verbreiten Gerüchte, daß die Wilschhandlung der Juden von den polnischen Sicherheitsorganen — der Polizei und dem Militär — geduldet würden. Diese Gerüchte haben den Zweck, leichtgläubige und unaufgeklärte Elemente zur Unterstützung verbrecherischer Einzelner bei Mißbräuchen, Gewalttätigkeiten und Plünderungen heranzuziehen.

In freien und unabhängigen Polen stehen alle seine Einwohner unter dem Schutze des Gesetzes, das in gleichem Maße auf alle, ohne Unterschied des Glaubens und der Herkunft, Anwendung findet. Die Regierung fordert daher alle zur Aufrechterhaltung der Ruhe und öffentlichen Ordnung auf und bemerkt, daß jeder, der aus eigenem Antrieb oder durch fremde Beeinflussung Uebertretungen, Gewalttätigkeiten, Plünderungen oder sonstige Ausschreitungen gegenüber der Sicherheit des Lebens und des Eigentums von Juden oder Christen verüben wird, verhaftet und mit aller Strenge des Gesetzes bestraft werden wird.

Das nach der Stürzung der Invasion wiederentstehende Polen soll zum Musterbeispiel eines rechtlich regierenden Staates werden. Sein

Name muß rein und von keinem Unrecht befleckt sein. Wer das vergißt, ist nicht wert, den ehrenvollen Namen eines freien Bürgers der freien Republik zu tragen.

**Von der Rekrutierung.** Gestern wurden 177 junge Männer untersucht. Davon wurden 75 für tauglich befunden, und zwar 40 Katholiken, 9 evangelische und 27 Juden; 2 wurden als untauglich entlassen und 100 (darunter 70 Schüler) für ein Jahr zurückgestellt. Gestern waren zwei Kommissionen tätig: eine untersuchte die Militärpflichtigen, die andere prüfte die Gesuche.

**Kunstausstellung.** Wie wir erfahren wird in den letzten Tagen beim hiesigen Polizeipräsidium eine Ausstellung von alten Gemälden veranstaltet werden. Der Ertrag wird den Verteidigern von Lemberg zugute kommen.

**Kleine Nachrichten.** Vorgehen wurden aus der Wohnung von Waj Kojn in der Wajkowskistr. 65 verschiedene Sachen im Werte von 10000 M. gestohlen. — Im Dorfe Kolska Wola, Gemeinde Gzarnocin, drangen in das Haus der Eva Madaj zwei mit Revolvern bewaffnete Banditen ein und raubten 370 Mark.

## Eingelad.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Ansuchen unserer Leser, auch wenn diese mit der Nennung unseres Blattes nicht übereinstimmen. Eine Verantwortung für den Inhalt übernehmen wir nicht.

## Am ein Denkmal.

Uns wird geschrieben: Am 7.19. Juli 1874 starb zu Lodz im Alter von 70 Jahren der Lehrer und Kantor Gottfried Kirisch.

Er war nicht nur ein guter Pädagoge, sondern auch als Mensch hoher Achtung und Wertschätzung würdig. Schwer war sein Amt. Er lebte und mahnte bis ins hohe Alter, gegen 200 Schüler beiderlei Geschlechts, täglich 6—7 Stunden, uneigennützig mit seltener Pflichttreue und Hingabe seines ganzen großen edlen Herzens. Als Religionslehrer führte er seine Schüler zu wahrer Gottesfurcht und Tugend. Und viele, die seine guten Lehren und Ermahnungen beherzigten, kamen zu Wohlstand und Ansehen. Viele hundertmal begleitete er als Kantor bei jedem Wetter die Leichen Unvermöglicher unentgeltlich vom Alexanderhospital bis auf den alten Friedhof.

Und jetzt ruht er, bereits 45 Jahre, auf dem alten evangelischen Friedhofe, vorn rechts, neben seiner ihm im Tode vorangegangenen Tochter, Frau Krusche, welcher er ein schönes Denkmal setzte.

Er selbst aber ist vergessen. Kein Denkstein erinnert die Nachwelt an das tatenerfüllte Leben dieses edlen Mannes. Bis jetzt ist eine schwere Unterlassungssünde an diesem hochverdienten Manne begangen worden und ich glaube, es bedarf nur einer Anregung, daß alle seine ehemaligen Schülerinnen und Schüler, auch erwachsene Nachkommen schon Verstorbener, in dankbarer Anerkennung der hohen Verdienste ihres Lehrers in löblichem Einmütigen zusammenzuschließen werden, um ihm ein würdiges Denkmal zu setzen. Viele Wenig machen ein Viel, vereinte Kräfte führen zum Ziel.

Die „Radzger Freie Presse“ hat sich bereit erklärt, für diesen Zweck Spenden entgegenzunehmen.

Ein Schüler des seligen Lehrers  
Gottfried Kirisch.

## Aus der Umgegend.

**Babianice.** Rekrutenausshebung. Die Rekrutenausshebungskommission hat ihre Tätigkeit am 18. März in der Gemeinde Gurta Babianicka begonnen, dieselbe in den Gemeinden Blonow, Widzew und Wąsosz fortgesetzt und am Freitag, den 21. März, in der Stadt Babianice und der Gemeinde Kutnow beendet. Für diensttauglich wurden insgesamt 500 junge Leute befunden. In den Gemeinden wurden aus Gesundheitsrückständen annähernd 30 Prozent entlassen, in Babianice selbst bis 40 Prozent, davon zum Teil Juden. Sehr beteiligt hat sich bei der Aufklärung der hiesigen Rekrutenkommission, unter der Leitung von Frau Dr. Schuler und der Herren Kozłowski und Stojowski. Den Rekruten wurden Mittagsessen und überdes Mägen und Wäsche verabfolgt. Zu der Ausshebungskommission gehörten: Vorsteher unterlieutenant Wojna, der hiesige Kreisamtsarzt Waj, Militärarzt Kuman und Kreisarzt Dymowski. Am 21. März war bei der Ausshebung der Kommandierende vom Bezirksergänzungskommando Oberst Lachowski zugegen.

**Verhaftung.** Montag vormittags wurde vor den Krusche und Gaderjanen Jagdbräutungen ein gut gekleideter junger Mann, der kurze gegen die Wälscheraushebungen verteilte, von Militärpersonen verhaftet und in hiesiges Gewahrsam gebracht. Es sammelten sich hierbei Menschengruppen an, unter denen Stimmen laut wurden, das es „ungläubig“ sei, Verhaftungen wegen solcher Artzweck vorzunehmen.

**Kartoffelmarkt.** Die Lebensmittelzentrale wird aus dem hiesigen 100 Waggons Kartoffeln erhalten, die zu 4 Waggons täglich entressen sollen. Die Kartoffeln werden an die Bevölkerung zum Preise von 6 Mark der Viertelzettel verkauft werden.

**Auf die nächsten Wochentage.** Die Lebensmittelzentrale wird aus dem hiesigen 100 Waggons Weizenmehl erhalten, die zu 4 Waggons täglich entressen sollen. Die Weizenmehl werden an die Bevölkerung zum Preise von 6 Mark der Viertelzettel verkauft werden.

**Vom Ostschiffsaufzug.** Die Einnahmen betragen im Jahre 1918 18 073 Mark 78 Pf., die Ausgaben: 1. Rangierkosten 100 M. 80 Pf.; 2. Verwaltung der Güter für die Jagden 1895 M.; 3. Verwaltung des Güters an der Ost. Rangierstation; 4. des Wajkowskies 11 180 M. 15 Pf.; 4. Lebensunterhalt



für die Kinder der Asyl an der Ost. Rangierstation 26 373 M. 51 Pf.; 5. Zuschuß an die Sektion des Hilfsausschusses in Gurta Babianicka 16 600 M.; 6. Zuschuß an den Kinderfürsorgeausschuss 11 600 M. 42 Pf.; 7. an das katholische Asyl 2180 M.; 8. Zuschuß an die evangelischen Anstalten 6 245 M. 88 Pf. insgesamt 76 016 M. 82 Pf., für 1919 verbleiben 2056 M. 96 Pf.

**Einmalige Festeuerung der Mähen.** In Anbetracht der ungewöhnlichen Einnahmen, die gegenwärtig Mähenbesitzer zu verzeichnen haben, wurde in der in Last abgehaltenen Sitzung des Kreistages beschlossen, von diesen eine einmalige Spitalsteuer zu erheben, und zwar von Windmühlen 100 Mark, von Wassermühlen und Dampfmaschinen im Verhältnis zum Umsatz von 300 bis 5000 Mark.

**Umbenennung von Straßen.** Die Stadtverwaltung hat die Wajkowskistr. (Deutsche) in Sieniewiczkistr. und den Teil der Wajkowskistr. (Polnisch) vom Wajkowskistr.-Platz in Wajkowskistr. (Polnisch) umbenannt, und den Beschluß gefaßt, den in Betracht kommenden Teil der Wajkowskistr. mit der Wajkowskistr. zu verbinden.

**Eisenbahnnachrichten.** Die Züge nach Warschau gehen von der Station Babianice ab: 12.21 mittags, 6.14 abends und 4.57 nachts (Schnellzug); nach Kattowitz: 3.15 nachm., 9.17 abends und 1.57 nachts (Schnellzug).

**Öffentliche Arbeiten.** Das Komitee für öffentliche Arbeiten im Kreise Lodz macht bekannt, daß Unternehmer für die Zuzahlung von Stein und Schutt für die Pflege der Gassen im Laster Kreise sich melden können. Angebote müssen bis zum 5. April im Büro der Kreisabteilung in Last abge. eben werden. Zu der Bewerbung werden außer Privatpersonen auch Gemeinden und Anstalten zugelassen. Die Zuzahlung kann im ganzen oder für einzelne Gassenstrecken vergeben werden. Auf Grund der eingegangenen Angebote wird eine Zuzahlung in minus von der Kostenanschläge summe veranstaltet werden. Kostenanschläge liegen im Büro der Kreisabteilung in Last in den üblichen Stunden (9—3) aus.

## Aus Polen.

**Warschau.** Von der Presse. In Kürze wird in Warschau eine Wochenschrift „Kupiec i Przemysłowiec Polski“ erscheinen. — Laut einer Verfügung des Ministers des Innern ist die Arbeiterzeitung „Robotnik Miejski“ geschlossen worden.

**Studenten als Zeitungsverkäufer.** In den jüdischen Vierteln kann man russische Studenten beobachten, die Zeitungen verkaufen.

**Dombrowa.** Eingezogene Zeitung. Im Dombrowa werden eine mehrere Tausend Stück zählende Auflage der Zeitung „Zolnier-robotnik“ die einen ausgeprägt kommunistischen Charakter trägt, konfisziert.

**Lublin.** Von der Presse. Dem „Kurjer Warszawski“ zufolge erscheint hier die Wochenschrift „Prawda komunistyczna“.

## Letzte Nachrichten.

### Die Stadtratswahlen in Posen.

**Posen, 24. März.** (P. A. T.) Gestern fanden hier die Wahlen in den Stadtrat statt. Der Verlauf war ruhig. Die Teilnahme an den Wahlen war groß, in manchen Kreisen haben von den eingeschriebenen Wählern fast alle gewählt. Die Deutschen nahmen in bedeutender Anzahl an den Wahlen teil. Voraussichtlich wurden gewählt: 41 Polen, 17 Deutsche, 1 Sozialist und 1 Jude.

### Rücktritt der tschechischen Regierung?

**Berlin, 24. März.** (P. A. T.) Junkspruch der Posener Station. Masaryk hat angeblich nach Paris eine Forderungseinschuldung geschickt mit dem Inhalt, daß die tschecho-slowakische Regierung die Demission eingereicht hat. Diese Nachricht hat noch keine Bestätigung erlangt.

### Unruhen in Südindien.

**Berlin, 24. März.** (P. A. T.) Junkspruch der Posener Station. In Jugoslawien sind ernste Unruhen ausgebrochen. Sarajewo und Baicalusa haben sich gegen die serbische Herrschaft ausgelehnt. Post und Telegraph haben die Tätigkeit eingestellt. Aus Belgrad wird gemeldet, daß das serbische Kabinett am Dienstag seine Demission eingereicht hat.

**Paris, 24. März.** (P. A. T.) Die Blätter melden, daß die Tschecho-Slowaken bei Komorn die Donau überschritten haben.

### Auslaufen Hamburger

**Lebensmitteldampfer.** Hamburg, 23. März. Die Abfertigung der Lebensmitteldampfer geht jetzt vor sich. Die Mannschaften begaben sich willig an Bord. Bis jetzt sind bereits 12 Dampfer mit insgesamt rund 87 000 Brutto-Registertonnen nach England in See gegangen. Heute abend werden voraussichtlich sechs weitere Dampfer und im Laufe des morgigen Tages drei Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie und am Montag weitere drei Schiffe der selben Reederei von Hamburg abfahren.

### Rücktritt des preussischen Kabinetts.

**Berlin, 24. März.** (P. A. T.) Die Zeitungen melden, daß das preussische Kabinett zurückgetreten sei und seine Portefeuilles dem Reichstag zur Verfügung gestellt habe.

### Die Verluste der Verbündeten.

**Paris, 24. März.** (P. A. T.) Der „Petit Parisien“ bringt eine Aufstellung der Verluste der verbündeten Großmächte im Weltkrieg. Es stellt sich heraus, daß Frankreich am meisten gelitten hat, denn es hat 20.4% Truppen aufgestellt und hatte 3.7% an Toten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. England steht an zweiter Stelle was die Verluste, an dritter aber was die Zahl an Mobilisierte betrifft. Italien steht bezüglich der Verluste an dritter, bezüglich der Mobilisierten an zweiter Stelle. Die Vereinigten Staaten hatten 4.1% Mobilisierte und 0.13% Verluste.

### Ex-Kaiser Karl.

**Wien, 24. März.** (P. A. T.) Der ehemalige Kaiser Karl von Österreich-Ungarn ist nach der Schweiz abgereist.

### Die Entente und die Lage in Ungarn.

**Paris, 24. März.** (P. A. T.) „Echo de Paris“ meldet, daß der Rat der zehn sofort Gegenmaßnahmen in Ungarn treffen werde. 2 französische und mehrere serbische Divisionen sowie die rumänische Armee würden den Ereignissen die Stirn bieten können.

**Paris, 24. März.** (P. A. T.) Es ist höchstwahrscheinlich, daß die Entente die militärische Okkupation Ungarns beschließen wird.

Aus Wien wird gemeldet, daß eine von Trotski aus ungarischen Kriegsgefangenen gebildete bolschewistische Armee marschbereit an der Grenze Ungarns stehe.

### Warschauer Börse.

	24. März	22. März
6% Obl. der Stadt Warschau 1915/16	194.25—60	194.50
6% Obl. d. St. Warsch. 1917 auf Wt. 100	—	—
5% Obl. der Agrarbank auf Wt. 100	183.50—75	—
4 1/2% Pfandbriefe der Agrarbank auf Wt. 100	184.00—25	184.50—25—00
4% Pfandbriefe der Agrarbank auf Wt. 100	—	—
5% Pfandb. der St. Warschau auf Wt. 3000 und 1000	193—50—75	190.75—191—00
4 1/2% Pfandb. der St. Warschau auf Wt. 3000 und 1000	194.00—25	25—50—75
Garentubel 100-er	177—178	175—176
Garentubel 500-er	—	124.00—25
Dumarsubel 1000-er	122.50—75—123	123.00—25—50
Dumarsubel 250-er Kronen	71.25	72—71—70.50
	50.70—75—80	50.70—75—80
	—85	85—90

### Briefkasten.

**S. A. 21.** Nach dem Befehlsgesetz sind nur Volksschullehrer von der Wehrpflicht befreit. Ob Volksschullehrer, die an Mittelschulen angestellt sind, dasselbe Vorrecht genießen, entzieht sich leider unserer Kenntnis. Reichen Sie doch dem Kriegs-Ergänzungskommando (Powiatowa Komisja Uzupelnienia) ein entsprechendes Gesuch ein. Vielleicht wird Ihr Ausnahmefall berücksichtigt.

**Des heutigen Feiertages wegen erscheint die nächste Nummer der „Radzger Freien Presse“ Mittwoch nachmittag.**

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter:

Hans Kriesche, Lodz.

Druck: „Radzger Freie Presse“, Petrikauer Straße 86.

## Thalia - Theater

Dienstag, den 25. März 1919:

Präzise 2 Uhr nachm. Zum 19. Male!

„Die Reise um die Erde in 40 Tagen“

Großes Ausstattungsspiel in 14 Bildern mit Tanz und Gesang nach Jules Verne, von Walter Wassermann.

Abends 7 Uhr. Jubiläum der 50. Aufführung!

Benefiz zu Ehren des technischen Personals, zum letzten Male!

„Die Reise um die Erde in 40 Tagen“

Großes Ausstattungsspiel mit Tanz und Gesang in 14 Bildern nach Jules Verne, von Walter Wassermann.

Mittwoch den 26. März 1919:

Abends 7 Uhr. Zum 3. Male!

## „Gymont“

Trauerspiel in 13 Bildern von Goethe mit der Musik von Beethoven. Vertikals Orchester, Dirigent: Musikdirektor Bronislaw Schulz.

Wiedervorverkauf täglich.

In Vorbereitung:

„Das Testament des Mr. Fogg“

(Reise um die Erde II. Teil)

Zur Beachtung! Amphie-Gallerie, und 2. Partee wird nur mittags von 11—12 verkauft. Alle anderen Plätze in den übrigen Räumlichkeiten



